

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Für den Wald der Zukunft: Brandenburger Waldgipfel einberufen

Der Landtag stellt fest:

Der Brandenburger Wald steht vor großen Herausforderungen. Nach Jahren mit schweren Stürmen, großen Waldbränden und Trockenheit sind die Wälder in vielen Regionen, so auch in Brandenburg, in einer schwierigen Situation. Schnelles Handeln ist erforderlich, um die unmittelbaren Folgen der Dürreschäden, Waldbrände und Kalamitäten für Wald und Forstwirtschaft bewältigen zu können. Mit großer Dringlichkeit wird deutlich, dass vor dem Hintergrund des Klimawandels ein neuer Umgang mit dem Wald gefunden werden muss, wenn eine nachhaltige Holznutzung auch zukünftig mit der Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes als Ökosystem in Einklang stehen soll. Dieses Ziel findet eine breite gesellschaftliche Zustimmung, über den richtigen Weg dorthin gehen die Meinungen weit auseinander. So gibt es beispielsweise unterschiedliche Ansätze zu der Frage, wie Waldumbau beschleunigt werden kann, welche Rolle Nachpflanzung und Naturverjüngung haben sollen, wie die Jagd auszurichten ist, welche Baumarten zu berücksichtigen sind, wie Waldschutzmaßnahmen durchgeführt werden sollten und welche Rolle das Land bei der Unterstützung von Privatwaldbesitzern und Kommunen übernehmen sollte. Zu entscheiden ist, mit welchen Prioritätensetzungen die angekündigten Fördermittel des Bundes in Brandenburg eingesetzt werden sollen. Und schließlich bleibt die Frage aktuell, wie die Landesforstverwaltung organisatorisch und personell aufgestellt werden muss, um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Dafür ist ausreichend gut ausgebildetes und fair bezahltes Personal erforderlich.

Es ist notwendig, diese Fragen in einem transparenten Prozess unter Beteiligung der Öffentlichkeit, der Wissenschaft und der Interessenverbände zu bearbeiten. Dazu ist ein Brandenburger Waldgipfel ein wichtiger erster Schritt.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

zu Beginn des Jahres 2020 einen öffentlichen Waldgipfel für das Land Brandenburg einzuberufen. Darin soll Bilanz über die aktuelle Situation des Waldes gezogen, die Vorstellungen der neuen Landesregierung zur Bewältigung der Herausforderungen sollen vorgestellt werden. Vertreter der Waldbesitzer*innen, der Holzindustrie, der Jagd, des Umwelt- und Naturschutzes, der Wissenschaft und der Forstverbände sollen Gelegenheit erhalten, ihre Positionen zu präsentieren. Die Verwendung der Bundesfördermittel zur Bewältigung der Schäden soll thematisiert werden. Im Ergebnis soll ein Verfahren festgelegt werden, wie die Themen weiter unter Einbeziehung der unterschiedlichen Interessen und mit Beteiligung der Fachöffentlichkeit bearbeitet werden sollen.

Begründung:

Nach den gravierenden Waldschäden in den letzten beiden Jahren - sowohl bundesweit als auch im Land Brandenburg - ist eine breite gesellschaftliche Diskussion zur Bewältigung der akuten Krise, aber auch zur Zukunft des Waldes in Gang gekommen. Beim Nationalen Waldgipfel am 25.9.2019 wurde von Seiten des Bundes ein von den Ländern kofinanzierendes Förderprogramm im Umfang von insgesamt 800 Mio. € angekündigt, um Waldbesitzer*innen bei der Bewältigung der Schäden zu helfen und die Klimaanpassung des Waldes voranzubringen. Brandenburg kann Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des Programms und auf die Umsetzung in Brandenburg nehmen. Davon wird abhängen, ob neben der Schadensbewältigung auch Weichen für einen zukunftsfähigen Wald gestellt werden.

Die aktuelle Situation und der absehbare Klimawandel zwingen dazu, auch in der Vergangenheit schon diskutierte Fragen der Forstwirtschaft neu zu denken. Der Waldumbau muss deutlich intensiviert werden - aber der Weg dorthin ist noch nicht klar. Und es wird deutlich, dass eine leistungsfähige Forstverwaltung unabdingbare Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Wald ist.

Der Waldgipfel ist ein geeignetes Instrument, um die Öffentlichkeit und die Interessenverbände auf einen einheitlichen Wissensstand zu bringen, Interessen angesichts der aktuellen Lage abzugleichen und die unterschiedlichen Vorstellungen für Lösungswege zusammenzutragen. Dies soll in einen Prozess münden, der alle Beteiligten in die weitere Entscheidungsfindung einbezieht.